

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Hilfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 11 Belle-Alliance Platz 5
Druckerei: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme höchstens 4 Bogen vor dem Erscheinen, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungstermin für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 15. Sept. 1932.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Besorgnisse um IHN.

SEINE letzten Stützen wanken.

SPD. Der Reichskanzler hat in seiner letzten Rundfunkrede einen lebhaften Appell an das kapitalistische Unternehmertum gerichtet und es zu seiner Mitarbeit bei der Durchführung des Wirtschaftsprogramms der gegenwärtigen Reichsregierung aufgefordert.

Zunächst konnte man den Eindruck haben, als ob dieser Appell bei der gesamten Bourgeoisie und besonders bei ihren grossindustriellen Teilen ein ausserordentlich sympathisches Echo finde. In den letzten Tagen aber werden doch aus diesem Lager allerlei Bedenken angemeldet. So hat der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten unter dem 12. September eine Eingabe an Herrn von Papen gerichtet, in der er Beschwerde wegen der geplanten handelspolitischen Massnahmen erhebt. Die Politik der Kontingente erscheine ihm ausserordentlich gefährlich, da sie von dem Ausland zweifellos mit einer Erschwerung der deutschen Ausfuhr beantwortet werde, und da sie ausserdem die deutsche Landwirtschaft nicht aus ihrer Notlage befreien könne. Die Eingabe enthält die bemerkenswerte Feststellung, dass der Tiefstand der Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse weniger durch Auslandswettbewerb als durch Kaufkraftschwund in breiten Teilen der städtischen Bevölkerung hervorgerufen sei.

Für jemanden, der zu dieser Erkenntnis gelangt ist, ist es kein weiter Schritt zur Verurteilung der Papen-Notverordnung, die mit ihren die Sozialpolitik und die Löhne einschränkenden Bestimmungen die Kaufkraft der Arbeiterklasse immer mehr herabdrückt, und so kann man in der Tat auch bei führenden Industriellen starke Zweifel an der Zweckmässigkeit dieser Notverordnung mit ihren weitgehenden Ermächtigungen für die Regierung vernehmen. Einstweilen wird diese Kritik noch recht zurückhaltend geübt, aber sie wird vielleicht in der nächsten Zeit lauter werden. Nicht aus Interesse für die Arbeiterklasse, wohl aber weil man für die Absatzmöglichkeiten im Inland so gut wie im Ausland fürchtet.

Bezeichnend ist auch, dass die "Deutschen Führerbriefe", eine von industriellen Unternehmern unterhaltene Korrespondenz, sich neuerdings im Gegensatz zu ihrem früheren Verhalten skeptisch und sogar recht unfreundlich über Herrn von Papen und seine Absichten äussern. Die Briefe machen den Reichskanzler darauf aufmerksam, dass er sich eigentlich nicht auf den vom Volke gewählten Reichspräsidenten berufen dürfe, da dieser auch der Kandidat des Zentrums und der Sozialdemokratie gewesen sei. Es sei etwas kühn, wenn sich Herr von Papen angesichts der Abstimmungen des Reichstags über das Misstrauensvotum als den Vollstrecker des eigentlichen und nationalen Volkswillens bezeichne und wenn er so tue, als ob das Schicksal der deutschen Wirtschaft und ihres Unternehmertums von der Durchführung seiner Pläne abhängt: "Das Schicksal der deutschen Wirtschaft ist nicht verknüpft mit dem Schicksal einer Reichsregierung oder eines Regierungsplanes." Auch hier werden dann die stärksten Besorgnisse wegen der handelspolitischen Absichten und ausserdem wegen der

Zinssenkungspläne der Regierung geäußert.

Nimmt man schliesslich hinzu, dass beispielsweise ein Blatt wie die "Kölnische Zeitung" dieser Tage nicht ohne Sorge davon sprach, dass bei einer Regierung, die ohne Massenstütze im Volke sei, die Gefahr eines Abirrens auf die Wege der Reaktion bestehe, so hat man ein ungefähres Bild von den Stimmungen, die sich in den Kreisen des Herrn von Papen so heiss umworbenen industriellen Unternehmertums bemerkbar zu machen beginnen. Wir wollen solche kritischen Anwandlungen zunächst nicht überschätzen. Aber die Reichsregierung selbst wird sich die Frage vorlegen müssen, wie lange sie sich wohl zu halten vermag, wenn auch diese Stütze in Wegfall kommt, und sie nur noch an dem verschuldeten ostelbischen Grundbesitz, einigen Mittelständlern und den Bajonetten des Herrn von Schleicher einen Rückhalt findet.

SPD. München, 15. September (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende der Nazi-Fraktion des aufgelösten Reichstags Dr. Frick droht im "Völkischen Beobachter" der Papenregierung mit blutiger Vergeltung: "Die Kaste des Herrenklubs, eine machthungrige Klique, - so schreibt er - treibt ein unanständiges Spiel, begeht politische Falschmünzerei schlimmster Sorte und missbraucht ihren Einfluss auf den Reichspräsidenten, um sich mit rücksichtsloser Brutalität in der Macht zu behaupten. Sie schreckt auch vor offenem Verfassungsbruch nicht zurück. Auf dieser Bahn gibt es kein Mittel mehr. Am Ende steht ein Meer von Blut- und Gewalttaten, das Chaos und die Bolschewisierung Deutschlands."

Dem Reichskuratorium für Jugendertüchtigung steht die Nazileitung mit grösstem Misstrauen gegenüber. Sie wittert darin die Absicht der Papenregierung, einen staatlich konzessionierten Wehrverband flott zu machen, der als eine Konkurrenz gegen die SA gedacht sei. Im übrigen sei es praktisch eine Unmöglichkeit, etwa marxistische und nationalsozialistische Organisationen zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen.

SPD. Es ist damit zu rechnen, dass in der nächsten Zeit auf einer Reihe von wichtigen diplomatischen Posten Veränderungen vorgenommen werden. Der derzeitige Botschafter in Paris v. Hoesch wird die durch die Berufung v. Neuraths zum Aussenminister frei gewordene Botschaft in London übernehmen. An seine Stelle tritt der Etat- und Personalreferent im Auswärtigen Amt Roland Koester.

Der Platz des Botschafters in Rom, der zur Zeit noch mit Herrn von Schubert besetzt ist, soll der Gesandte in Belgrad v. Hassel einnehmen. Als Nachfolger v. Hassells ist der Leiter der Kulturabteilung im Auswärtigen Amt v. Freytag vorgesehen. Wie es heisst, soll der Gesandte in Riga Dr. Streve die Kulturabteilung übernehmen.

Am bemerkenswertesten ist der Wechsel in Paris. Herr v. Hoesch, zweifellos einer der befähigsten unter den deutschen Diplomaten, verlässt den Pariser Posten, auf dem er lange Jahre eifrig im Sinne der deutsch-französischen Verständigung gearbeitet hat. Herr v. Hoesch wird wohl selbst zu der Einsicht gelangt sein, dass ihm eine erspriessliche Fortführung dieser Linie unter dem Schleicher-Kurs sehr schwer fallen würde.

SPD. Stuttgart, 15. September (Eig. Dr.)

Der Finanzausschuss des Württembergischen Landtags nahm am Donnerstag einen sozialdemokratischen Antrag an, in dem die Regierung ersucht wird, mit Rücksicht auf die angespannte Lage der Staatsfinanzen und die schweren Notstände in weitesten Kreisen der Bevölkerung mit dem Haus Württemberg wegen einer Ermässigung der Leistungen des württembergischen Staates an dieses Haus oder an einzelne Mitglieder desselben mit grösster Beschleunigung in Verhandlungen einzutreten.

Das kommunistische Mitglied des Ausschusses beantragte im Verlauf der Beratungen, alle Zahlungen des Staates an das Haus Württemberg sofort einzustellen, worauf von sozialdemokratischer Seite erwidert wurde, dass dieser Antrag dem Haus Württemberg nur den billigen Triumph eines obsiegenden Urteils in einem gegen den Staat angestregten Zivilprozess verschaffen würde, da die Leistungen des Staates auf einem rechtsgültigen Verträge beruhen, sodass der Staat schliesslich nur noch die nicht unerheblichen Kosten des Rechtsstreits zu den bisherigen Leistungen zu tragen hätte. Der Berichterstatter des Ausschusses, der Nationalsozialist Blankhorn, beantragte, in dem sozialdemokratischen Antrag die Worte "wegen eines völligen Verzichts auf Leistungen" zu ersetzen durch die Worte "wegen einer Ermässigung der Leistungen".

Bei der Abstimmung erhielt der kommunistische Antrag nur die Stimme des Antragstellers. Der nationalsozialistische Abänderungsantrag wurde gegen drei sozialdemokratische und eine kommunistische Stimme und der so abgeänderte sozialdemokratische Antrag dann mit allen Stimmen gegen die des Kommunisten angenommen. Die Regierung wurde ersucht, dem Landtag über das Ergebnis der Verhandlungen zu berichten.

SPD. Der Reichstagsabgeordnete Löbe hatte am Donnerstag in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ueberwachungsausschusses, der sich am Mittwoch auf Beschluss einer nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit zum "Untersuchungsausschuss" erklärte, eine Besprechung mit dem Reichskanzler. Es darf angenommen werden, dass die Besprechung dem Ziel diene, das Erscheinen der Mitglieder der Regierung, die als Zeugen vor den Ausschuss geladen werden sollen, herbeizuführen.

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ueberwachungsausschusses haben dem Beschluss der nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit die Zustimmung versagt. Das geschah in erster Linie, weil eine Klärung der tatsächlichen Vorgänge in der Reichstagssitzung vom Montag überflüssig ist, da die Tatsachen selber feststehen. Die Sozialdemokratie versagte dem Beschluss aber ferner auch ihre Zustimmung, weil sowohl die Nationalsozialisten als auch die Kommunisten erklärten, dass das Ergebnis der Untersuchung für sie bereits feststehe. Schliesslich ist noch darauf hinzuweisen, dass die "Untersuchung" leicht als Anlass benutzt werden könnte, die Festsetzung des Wahltermins hinauszuzögern oder gar zu unterlassen.

Die Mitteilung eines rechtsstehenden Blattes, Sozialdemokraten, Zentrum und Deutschnationale würden sich an den weiteren Verhandlungen des Ueberwachungsausschusses nicht mehr beteiligen, auch würde der Abg. Löbe nicht mehr den Vorsitz führen, beruht, soweit die Sozialdemokratie und Löbe in Frage kommen, auf haltlosen Kombinationen. Die Sozialdemokratie hat zwar die Untersuchung als überflüssig angesehen, ihre künftige Stellung aber wird sie davon abhängig machen, wie sich die Reichsregierung bzw. die kommunistisch-nationalsozialistische Mehrheit verhalten werden.

SPD. Darmstadt, 15. September (Eig. Dr.)

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Hessischen Landtag im Zusammenhang mit Anträgen über eine zusätzliche Winterhilfe und die Sicherstellung der sozialen Unterstützungen einen bemerkenswerten Antrag zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung eingebracht. Darin wird die Regierung ersucht, im Reichsrat dahinzuwirken, dass zur Beschaffung von Arbeit das Vermögen der öffentlichen Körperschaften hypothekarisch belastet wird durch erststellige Hypotheken, die 20 % des Wertes nicht übersteigen dürfen. Die Hypothekenbriefe sind in den Tresors der Reichsbank aufzubewahren und von den öffentlichen Körperschaften mit 4 % zu verzinsen. Die Reichsbank benutzt diese Pfandbriefe als Golddecke und kann bis zu 100 % Noten ausgeben. Die Noten sollen zum Teil dazu benutzt werden, vorhandene Schulden der Gemeinden bei Bankinstituten abzudecken und zum andern Teil zur Finanzierung von Arbeitsbeschaffungsplänen dienen.

Die Sitzung des Hessischen Landtags, in der über den sozialdemokratischen Auflösungsantrag entschieden werden soll, ist für den 4. Oktober vorgesehen!

SPD. Der Preussische Landtag wird am 21. September zu einer kurzen dreitägigen Sitzung zusammentreten und sich dann wahrscheinlich bis nach den Reichstagswahlen vertagen. Von der bereits vor Wochen vorgesehenen Wahl eines Ministerpräsidenten wollen Nationalsozialisten und Zentrum bis auf weiteres absehen. Die Nationalsozialisten haben angesichts der Neuwahlen zum Reichstag auf die Weiterführung der Koalitionsverhandlungen mit der "schwarzen Pest", wie sie das Zentrum jahrelang bezeichnet haben, vorläufig verzichtet.

SPD. Paris, 15. September (Eig. Draht.)

Der Umfang der Eisenbahnkatastrophe in Algerien lässt sich noch nicht übersehen, da die Nachrichtenübermittlung ziemlich lange Zeit in Anspruch nimmt und die Bergungsarbeiten noch nicht beendet sind. Nach einem beim Kriegsministerium eingelaufenen Telegramm sind bisher 55 Tote und 223 Verwundete festgestellt worden; eine Havas-Meldung aus Algier hält dagegen die ursprünglich genannte Zahl von 120 Toten aufrecht.

Mehrere Bahnarbeiter, die in der Nähe der Unglücksstelle die Gleise ausbesserten, sagten über den Hergang der Katastrophe folgendes aus: Es war 14 Uhr nachmittags. Die vorschriftsmässigen Signale für die Streckenarbeiten waren aufgestellt. Die Lokomotive nahm die Kurve, die sich an der Unglücksstelle befindet, mit ziemlich grosser Geschwindigkeit. Plötzlich hörten wir einen furchtbaren Krach. Die Lokomotive und der Tender sprangen aus den Schienen, fuhren etwa 100 Meter auf den Schwellen weiter und stürzten dann in die Schlucht, die anderen Wagen mit sich reissend.

Der unversehrt gebliebene Zugführer, der sich in dem am Abgrund hängen gebliebenen Schlusswagen befand, erklärte: Nachdem wir den vor der Unglücksstelle gelegenen Tunnel passiert hatten, steckte ich den Kopf aus dem Wagen und sah, wie sich die Maschine plötzlich auf die Seite neigte und einen Augenblick später in den Abgrund stürzte. Sofort sprang ich aus dem Wagen auf ein Gebüsch zu, wurde aber durch den Schwung fortgerissen und stürzte den Abhang hinunter. Durch einen Zufall stürzte mein Wagen nicht um, sonst wäre ich wahrscheinlich nicht mehr am Leben. Nachdem ich mich vom ersten Schrecken erholt hatte, rannte ich nach dem Bahnhof Turenne, wo ich das Unglück meldete.

Bei den Rettungsarbeiten wurden einem Mann, der einen Verwundeten aus den Trümmern hervorzog, durch herabstürzende Eisenteile beide Beine abgeschlagen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Die Reichsregierung hat am Donnerstag in der Frage der bevorstehenden Bürositzung der Abrüstungskonferenz ein Schreiben an den Konferenzvorsitzenden Henderson gerichtet, das ihm Freitag in Genf überreicht werden und dann zur Veröffentlichung gelangen dürfte.

In dem Schreiben teilt die Papen-Regierung mit, dass sie sich an den Verhandlungen der Abrüstungskonferenz erst wieder beteiligen kann und wird, wenn die deutsche Forderung auf militärische Gleichberechtigung anerkannt ist.

SPD. Paris, 15. September (Eig. Drahtb)

Das schwerindustrielle "Journal des Débats" schreibt zu dem Erlass der Papen-Regierung über die Jugendertüchtigung: "Das Ziel dieser Organisation kann niemand entgehen. Die Miliz, die General von Schleicher für Deutschland in seinen sensationellen Interviews verlangte, ist damit geschaffen. Das Reich das eine berufliche Stossarmee besitzt, die allen anderen Armeen dieser Art überlegen ist, wird noch eine Aushebungsarmee besitzen und dank dieser Doppelorganisation wird es sich bald stark genug fühlen, uns seinen Willen aufzuerlegen. Die Pazifisten, auf jeden Fall alle diejenigen, die nicht bewusst im Dienste des Pangermanismus stehen, sehen noch nicht, dass dieser Militärapparat für den Angriff geschaffen wird und dass er Deutschland auf den Weg der Abenteuer treiben wird."

Angesichts dieses Vorgehens kritisieren das "Journal des Débats" und der gemässigte "Paris Soir" die Meldungen englischer Blätter, wonach die englische Regierung eine Formel gefunden haben soll, die sowohl dem deutschen als auch dem französischen Standpunkt in der Frage der militärischen Gleichberechtigung Deutschlands gerecht wird, und die ausserdem noch der Abrüstungskonferenz einen neuen Anstoss geben solle. Diese Formel bestehe darin, dass Deutschland das Prinzip der Gleichberechtigung gewährt werden soll unter der Bedingung, dass es davon keinen praktischen Gebrauch mache. Die anderen Mächte sollen dagegen aufgefordert werden, ihre Abrüstung zu beschleunigen. Das "Journal des Débats" bemerkt dazu, dass man auf dem Gebiete der Verrücktheit nichts besseres finden könne. Der "Paris Soir" bezeichnet die Formel als eine Kinderei und erklärt, durch die neue Verordnung über die Jugendertüchtigung werde zwar der Versailler Vertrag nicht dem Buchstaben nach verletzt, aber er werde umgangen. Man verstehe daher nicht, warum Deutschland noch die Gleichberechtigung verlange, denn es besitze sie doch schon.

SPD. London, 15. September (Eig. Drahtb)

Die englische Regierung hat beschlossen, Gandhi in Freiheit zu setzen, sobald er mit dem angedrohten Hungerstreik beginnt. Er soll in einer Privatwohnung untergebracht, aber verpflichtet werden, diese Wohnung nicht zu verlassen.

SPD. Im Polizei-Untersuchungs-Ausschuss des Preussischen Landtages, der sich zurzeit mit den Berliner Vorfällen in der Bannmeile am Skagerak-Tag beschäftigt, habendie Nazis auch am Donnerstag keine Rosen gepflückt. Die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten wehren sich energisch gegen falsche Nazi-beschuldigungen und Nazifrechheiten. Ein Nazi-Zeuge nach dem anderen versagt. Die Abgeordneten der Sozialdemokratie verfehlen nicht die Unwahrheiten und

Das Benehmen der Nazis gebührend zu kennzeichnen. Ihr Kronzeuge Kring ist am Mittwoch wegen der schweren Misshandlung des Reichsbannermannes Wölfel zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

SPD. Stettin, 15. September (Eig. Drahtb.)

Ein Redaktionsmitglied des sozialdemokratischen Stettiner Volksboten wurde am Donnerstag wegen Beleidigung Stettiner Richter zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte hatte den Richtern vorgeworfen, dass sie anscheinend das Rechtsbewusstsein in die Rumpelkammer geworfen und ihren Verstand zu Hause gelassen hätten.

SPD. Unter dem neuen Namen "Bürgerliche Vereinigung" hat sich am Mittwoch die bankrotte Firma "Mittelstandspartei" neu etabliert. Es fragt sich nur, ob es Dümme gibt, die dem neuen Schwindel zur Rettung des Mittelstandes zum Opfer fallen werden.

Die Gründung einer Partei schwebt zurzeit auch wieder einem Teil der Papenfreunde vor. Allerdings soll diese neue Firma getarnt sein und als "Papen-Kuratorium" aufgezogen werden. Nachdem die Papenfreunde nunmehr wochenlang gegen die Parteien zu Felde gezogen sind, steht es ihnen schlecht an, jetzt selbst einer Partei das Wort zu reden. Also verschanzt man sich hinter einem Kuratorium. Aber ob Papen-Kuratorium oder Papen-Partei, der Klüngel dürfte nirgendwo so zu Hause sein wie hier. Dafür sorgen schon die Urheber der in Aussicht genommenen Neugründung, die Barone und ihre adelige Konkurrenz.

SPD. Genf, 15. September (Eig. Drahtb.)

Die diesjährige ordentliche Völkerbundsvollversammlung wird am 26. September von dem irischen Ministerpräsidenten de Valera in seiner Eigenschaft als Alterspräsident eröffnet. Als Kandidat für den Vorsitz wird der Grieche Politis genannt.

SPD. Flensburg, 15. September (Eig. Dr.)

In der Organisation der Flensburger Nazis ist es zu einem grossen Krach gekommen. Die SA revoltiert gegen den Unternehmerkurs der Partei. Sie hat auch allen Anlass dazu. Ihr bisheriger Führer, ein Hauptmann a.D. Lohse, musste zurücktreten. Der Skandal geht dennoch unentwegt weiter. Zahlreiche Nazis haben öffentlich ihren Austritt aus der NSDAP angekündigt.

SPD. Genf, 15. September (Eig. Drahtb.)

Japan hat am Donnerstag eine neue Verschleppungsaktion gegen die Untersuchung seines Einfalles in die Mandschurei eingeleitet. Es liess dem Generalsekretär des Völkerbundes für den Ratspräsidenten ein Schreiben überreichen, in dem 6 Wochen Aufschub für die Beratung des von einer Völkerbunds-Kommission fertiggestellten Berichts gefordert werden, damit Japan seine Kritik genügend vorbereiten und einen Spezialvertreter von Tokio nach Genf entsenden kann. China dürfte dagegen mit dem Bericht zufrieden sein. Es hat inzwischen sowohl seine rückständigen Völkerbundsbeiträge als auch seinen Kostenanteil an der nach der Mandschurei entsandten Kommission gezahlt.

SPD. London, 15. September (Eig. Dr.)

Im interparlamentarischen Ausschuss für den Weltfrieden, dem die Führer der drei englischen Parteien angehören, sprach am Donnerstag der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson. Henderson erklärte u. a., man werde in Genf einem schwierigen Problem gegenüberstehen. Deutschlands Aufrüstungsfor-
derung werde die Konferenz an ihre Kernfrage heranbringen. Der Rückzug Deutschlands aus Genf sei der schlechteste Weg, den Deutschland im Augenblick wählen könne. Warum sollten nicht die alliierten Mächte erklären, dass sie die Absicht hätten Deutschland die Gleichheit des militärischen Status zu gewähren? Die Abrüstungskonferenz dürfe kein Misserfolg werden. Aber dann müsse sie in der Tat mit einem neuen und völlig anderen Geist erfüllt werden.

SPD. Der Vorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich am Donnerstag mit der durch die Reichstagsauflösung geschaffenen Lage befasst. Er unterstreicht, ohne zu dem Streit um die verfassungsrechtliche Bedeutung der letzten Beschlüsse des Reichstags Stellung zu nehmen, mit allem Nachdruck das Abstimmungsergebnis, weil in ihm mit aller Deutlichkeit die Verurteilung der
volksfeindlichen Notverordnungspolitik der Reichsregierung sichtbar geworden sei. Die Reichsregierung, die mit besonderer Betonung den Klassenkampf ablehne und sich zu christlichen Grundsätzen bekenne, fördere in Wirklichkeit die Kluft zwischen den Bevölkerungsgruppen. Sie selbst gefährde das von ihr verfolgte Ziel der Wirtschaftsankurbelung; denn eine wirtschaftliche Belebung könne nur unter friedlichen innerpolitischen Zuständen gedeihen. Deshalb müsse die ohne zwingende Notwendigkeit herbeigeführte Auflösung des Reichstags, die das deutsche Volk in neue Unruhe versetze und die Bildung einer wirtschaftlich unerlässlichen Vertrauensatmosphäre verhindere, verurteilt werden.

SPD. München, 15. September (Eig. Drahtb.)

Der Nazi-Reichstagspräsident lässt durch den Nazi-Anwalt Frank II ankündigen, dass er gegen von Papen Strafantrag wegen Beleidigung stellen werde. Als Ursache wird der von Papen gegen Goering erhobene Vorwurf des Verfassungsbruchs bezeichnet.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H Z E I T U N G

Die feinen Leute.

I.

SPD. "Es kann nun kein Zweifel mehr bestehen, die feinen Leute haben in Deutschland wieder was zu sagen.... Mit wackelnden Knien bewegten sie sich aus den Klubhäusern in die Amtsstellen." (Goebbels im "Angriff" Nr.177.)

"Sie haben seitdem nichts für die Wiedergeburt der Nation getan, es sei denn, dass sie Pläne und Projekte entwarfen, Personallisten aufstellten und ihre Fräcke bürsteten, um, wurden sie zu hohen Dingen berufen, als vollendete Kavaliere in neuer Schale vor die Öffentlichkeit hintreten zu können... Sie verwechseln die Herrenreiterei mit der hohen Politik und sie fühlen sich nur wohl, wenn sie unter ihresgleichen sind. Und wo sie das Volk riechen, da nehmen sie bald reissaus." (Goebbels im "Angriff" Nr.180.)

II.

Gesellschaftsbericht der "Neuen Freien Presse", Wien - des Blattes des jüdisch-liberalen Bürgertums aus Berlin:

"....Um neue Mittel aufzubringen für die von der Kronprinzessin schon vor dem Kriege gegründete Cäcilienhilfe, fand unter dem Protektorat und in Anwesenheit der Frau Kronprinzessin im Hotel Esplanade eine grosse Abendveranstaltung statt, die im Zeichen des Goethejahres stand....

Der Kronprinz und die Kronprinzessin nahmen mit der Grossherzogin von Sachsen-Weimar und ihrer Prinzessin-Tochter, Prinzessin Friedrich Siegismond von Preussen, ihrem Bruder, Prinzen Schaumburg-Lippe und der Herzogin Adolf Friedrich zu Mecklenburg in der ersten Reihe Platz. Auf der anderen Seite Ihrer Kaiserlichen Hoheit, die den Darbietungen mit sichtlicher Freude und Anteilnahme folgte, und das Zeichen zum lebhaft einsetzenden Beifall gab, sass Frau Staudt, erste Vorsitzende der Cäcilienhilfe, in deren umsichtigen Händen Vorbereitung und Leitung des Abends lagen. Der Kronprinz unterhielt sich lebhaft mit dem Präsidenten der italienischen Handelskammer, Major Renzetti, Vertrauter und naher Freund Mussolinis, und Frau Renzetti, während seine hohe Gemahlin sich in den anstossenden Saal begab, um dort mit der ihr eigenen bezaubernden Liebenswürdigkeit Cercle zu halten....

Im Laufe des Abends liess die hohe Frau noch verschiedene andere Persönlichkeiten an ihren Tisch bitten. So die junge Frau Dr. Goebbels, deren erstes Erscheinen in der Gesellschaft lebhaftes Interesse erregte. Frau von Dierksen, die von den führenden Damen der Gesellschaft als erste ihr Haus den Nationalsozialisten gastfreundlich geöffnet, stellte sie der Kronprinzessin vor. Eine wunderschöne Frau, in einer Wolke von hauchzartem weissen Chiffon mit goldblondem Haar, strahlenden grossen grauen Augen, von dunklen Wimpern umrahmt, und von bezaubernder Anmut.

Ein ganz grosser Abend - Träger von Namen, die mit der Geschichte des alten Preussens und des Kaiserreichs identisch sind... Freifrau von Rheinbaben deren Gatte, der Staatssekretär a.D., sich zurzeit bei der Abrüstungskonferenz in Genf befindet....."

III.

Die "feinen Leute" in der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei: August Wilhelm, Prinz von Preussen, Josua Erbprinz zu Waldeck-Pyrmont, Prinz Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe, Graf Solms-Laubach, Ritter von Epp, Freiherr von Reichenau, Dr. Freiherr von Gregory, Cuno Freiherr von Eltz-Rübenach, Eduard Herzog von Coburg, Freiherr von Wangenheim, Wolff Graf von Holldorff, Dietrich von Jagow, Graf Reventlow, General Lietzmann, General Liebert, Schwerindustrieller Thyssen.

IV.

In vier Wochen findet in Coburg die Hochzeit der Prinzessin Sybille mit einem schwedischen Prinzen statt. Die Festleitung hat der Naziherzog Karl Eduard, zur weiteren Verschönerung der Prinzenhochzeit ist Adolf Hitler zu den feinen Leuten eingeladen.

Das gewöhnliche Naziolk hat auch seine Rolle zugewiesen erhalten. Neben der Tribüne für die feinen Leute wird links eine Stahlhelmkapelle rechts eine Kapelle der Nationalsozialisten spielen, die SA-Leute aber dürfen gemeinsam mit den Stahlhelmen für die feinen Leute Spalier bilden!

V.

Nach der Auflösung der SA. verwandte Frau Victoria von Dircksen, die un-
streitig ebenfalls zu den "feinen Leuten" gehört, folgenden Bettelbrief:

"Exzellenz Frau Viktoria von Dircksen bittet um eine Gabe zwecks Unterstützung der Wohltätigkeitseinrichtungen der aufgelösten SA- und SS-Verbände, wie Küchen, Lazarette, Unterkunftsräume für Erwerbslose, Hauspflege.... Quid-
tionen gehen direkt durch das NS-Hilfswerk zu."

Warum die Undankbarkeit des Herrn Goebbels gegenüber den feinen Leuten?
Schliesslich ist er auf ihrem Rücken in die bessere Gesellschaft hineingestiegen!

Wandlung.

Am 8. Mai 1932 beschuldigte der Sprecher der Alldutschen, Justizrat Glass auf einer Vorstandssitzung des Alldutschen Verbandes den Reichspräsidenten von Hindenburg, dass er sich an eine peinlich und eng ausgelegte formale Legalität gebunden habe und sich deshalb nicht zu Entschlüssen aufraffen könne, die längst notwendig gewesen seien. Dieser vehemente Angriff der Alldutschen gegen Hindenburg schloss mit den Worten:

"Und so sehen wir, dass unser Vaterland unter Hindenburgs Oberhauptschaft immer tiefer ins Verderben geraten ist."

Vier Monate später sprach am 10. September derselbe Justizrat Glass auf einer Vorstandssitzung des Alldutschen Verbandes:

"Es muss bei der Bedeutung dieses weittragenden Vorganges wiederholt werden, dass durch die Entscheidung der Wählerschaft eine nationale Regierung nicht hätte geschaffen werden können, wenn sie der Entschluss des Reichspräsidenten vom 30. Mai nicht gebracht hätte. Die Tatsache, dass dieser Wille ausserdem dem schwarzroten Regiment in Preussen das Ende bereitete, hat den Reichspräsidenten zum entscheidenden Träger des deutschen Schicksals gemacht. Uns scheint, dass dieser Machtzuwachs durch zwei hochbedeutsame Taten wohl verdient ist."

Die verhängnisvolle Rolle der Alldutschen in der deutschen Geschichte ist bekannt. Sie sind die entschiedensten Gegner der Volksrechte, der Verfassung, der Republik. Der Reichspräsident, am 8. Mai von den Alldutschen auf das Schürffste angegriffen, am 10. September aber von ihnen gelobt, - das bezeichnet die Wandlungen, die sich seitdem in Deutschland vollzogen haben!

Ein Pfarrer mit der Pistole.

In Dortmund kam der evangelische Pfarrer Beise dadurch ums Leben, dass seine Pistole losging, als er im Beisein eines anderen Pfarrers damit hantierte. Wir hatten bisher geglaubt, die Waffe der Pastoren sei Gottes Wort. Es scheint, dass manche von ihnen eine Pistole für eine solidere Waffe halten.

Aus aller Welt

Minen im Frieden.

"Die Korsaren unter den Seekriegsmitteln."

SPD. Die britische Admiralität teilt mit, dass die Minengefahr der Nordsee prinzipiell beseitigt sei. Trotzdem warnt sie noch vor treibenden Minen.

Ein Treppenwitz der Weltgeschichte: der Erfinder und geniale Konstrukteur des Dampfschiffes, Robert Fulton, erfand zugleich auch das wirksamste Mittel zu seiner Vernichtung: die Seemine. Dabei hielt Fulton seine gefährliche Konstruktion für das Wohl der Menschheit weit wichtiger als etwa die von ihm gleichfalls konstruierte Schiffsschraube. Denn er versprach sich von der Seekriegsmine - eine völlige Pazifizierung des Seekrieges. Die Seemine sollte den Weg freilegen zur endgültigen und friedlichen Entwicklung der Handelschifffahrt. Aber Fultons Ideengänge, die in einer tief-sittlichen Auffassung wurzelten, haben sich als Utopie erwiesen. Der "Friedensbringer" wurde zum gefährlichsten Feind aller Schifffahrt.

Drei gefährliche und wirksame Mordwaffen kennt der moderne Seekrieg: das Unterseeboot, das Torpedo und die Seemine. An Furchtbarkeit und heimtückischer Wirkung ist die Seemine allen anderen Waffen vor allem deshalb überlegen, weil sie den Unterwasserkrieg noch lange nach Friedensschluss selbsttätig fortsetzt. Mit Kriegsschluss haben Unterseeboote und Torpedos ihre Kriegstätigkeit beendet; sie stehen unter ständiger sicherer Kontrolle. Die Seeminen bilden aber noch Jahrzehnte nach Kriegsende eine dauernde Gefahrenquelle. Sie sind die Korsaren unter den Seekriegsmitteln.

Ueber die im Kriege ausgelegten Minenfelder gibt es keine erfolgreiche Kontrolle. Die Geheimarchive der Sachverwalter aller Kriegsmaschinen verfügen zwar über genaue Angaben der Zahl und Orte ausgelegter Minen, aber noch niemand war bisher imstande, genaue Angaben darüber zu machen, ob auch alle Minen aus der Gefahrenzone der Handelschifffahrt wieder entfernt worden sind. Denn die Räumung der Minenfelder, die den Kriegsflotten im Frieden obliegt, hängt nicht allein vom guten Willen und von den technischen Möglichkeiten ab, sie ist in erster Linie von den Naturgewalten bedingt:

Im letzten Kriege wurden hauptsächlich die Nord- und Ostsee minenverseucht. Minenleger, Fischdampfer, Unterseeboote waren tagein tagaus damit beschäftigt, Minenfelder in deutsche Buchten hineinzustreuen. Um diese Sicherungen gruppierten dann die Engländer ihre Minenfelder, um die Ausfallstrassen der deutschen Kriegsflotte zu blockieren. In der Ostsee gesellte sich zu diesem "Treiben" die Arbeit der russischen Minendivisionen. Die Folge dieser Jahre hindurch betriebenen Wasserverseuchung mit Schiessbaumwolle war derart, dass die Schiffe, die nach dem Kriege auszogen, die Minenfelder abzuräumen, eine chaotische Verwirrung vorfanden. Es zeigte sich, dass trotz sorgfältigster Registrierung der Minenfelder ein grosser Prozentsatz Minen von seinen Ankerplätzen verschwunden war. Die Strömungen, die grossen Triften oder Stromversetzungen durch die Gezeiten und nicht zuletzt die nagende zersetzende Tätigkeit des Seewassers selbst hatten zahllose Minen von den Fesseln der Ankertaue befreit und abgetrieben. Heute noch werden, vor allem an der holländischen Küste, losgerissene Minen an den Strand geworfen. Nach sorgfältigster Untersuchung werden sie jeweils wirkungslos gemacht.

Da bei der relativen Enge der Nord- und Ostsee die "Dichte" der treibenden Minen verhältnismässig gross ist, muss auch heute noch der Minengefahr die grösste Aufmerksamkeit gezollt werden. Allerdings besteht bei Kollision mit einer Treibmine noch nicht unmittelbar Explosionsgefahr. Im allgemeinen verliert ein Zünder seine Wirksamkeit, wenn "seine" Mine sich losgerissen hat. Riesengross wird indes die Gefahr bei unsachlicher Behandlung der "Gefangenen". Man muss immerhin bedenken, dass jeder dieser eisernen Ballons nicht weniger als 100 Kilogramm Sprengstoff beherbergt. Umsonst warnt die britische Admiralität jetzt, 14 Jahre nach Kriegsschluss, die Schiffseigner nicht.

Auch in der deutschen Reichsmarine sind noch Boote unterwegs, um die abtriftenden Minen zu bergen, die in den Strömungen der Nordsee fast immer wieder zu den südlichen Gestaden zurückkehren. Die Opfer, die sie forderten, verlangen auch heute noch, im Frieden das Meer vom Krieg zu säubern.

-ch-

+ + +
Der Kinderflug.... Nach der Rettung der auf ihrem Ozeanflug verunglückten "fliegenden Familie" gab der Leiter der "Expedition", Oberst Hutchinson, eine Schilderung seines Abenteuers. Oberst Hutchinson erzählte, dass er wegen einer aussergewöhnlich dichten Wolkenbank nur 15 Meter über der mit Eisschollen und kleinen Eisbergen bedeckten Meeresfläche fliegen konnte. Es sei ausserordentlich kalt gewesen. Dadurch, dass die Windschutzscheibe sich mit Eis bedeckt hätte, hätte er die Sicht verloren und blind fliegen müssen. Schliesslich sei er genötigt gewesen, auf das Wasser niederzugehen und drahtlose Hilferufe auszusenden. Leider sei nach kurzer Zeit das Funkgerät feucht und daher betriebsunfähig geworden. Plötzlich hätte das Fahrzeug, das an Land manövriert werden sollte, zu sinken begonnen. Nur mit grosser Mühe hätten die Insassen noch eine kleine Insel erreicht. Diese Insel sei zwar völlig unbewachsen, aber wenigstens trinkwasserhaltig gewesen. Eine Höhe hätte Schutz vor eiskalten Winden geboten. Als das Funkgerät wieder arbeitete, hätte die Familie Hutchinson "mit unaussprechlicher Freude" festgestellt, dass noch andere Suchexpeditionen unterwegs wären. Freilich habe diese Freude nicht den durch die Kälte verursachten Schmerz lindern können. "Die Kinder, die sich ausserordentlich tapfer gehalten hatten, litten unter einem schweren Husten, sodass wir zu allem übrigen Elend noch eine Lungenentzündung für sie befürchten mussten. Unsere Füsse waren durch den Frost aufgeschwollen und bluteten... Endlich sahen wir am Morgen zu unserer unendlichen Freude, dass ein Dampfer durch die schwere Dünung unter vorsichtigem Lavieren zwischen den Eisbergen sich der Küste näherte. Es war der sehnlichst erwartete "Lord Talbot", der uns an Bord nahm."

+ + +
Zehn Jahre Zuchthaus! Vom Sondergericht Berlin (Vorsitz: Landgerichtsdirektor Sternheim) wurde am Donnerstag der 57jährige kommunistische Arbeiter Karl Berger wegen versuchten Totschlags in Tateinheit mit schwerem Landfriedensbruch zur Mindeststrafe von 10 Jahren Zuchthaus verurteilt. Fünf Mitangeklagte wurden freigesprochen.

Am Abend des 5. September war es in der Buttmannstrasse in Berlin-N zu einem Zusammenstoss zwischen Kommunisten und SA-Leuten gekommen. Es wurde geschossen; verletzt worden ist jedoch niemand. Die Beweisaufnahme war ausserordentlich umfangreich. Es wurden 94 Zeugen vernommen. Der Staatsanwalt beantragte ausser gegen Berger noch gegen einen weiteren Angeklagten eine Zuchthausstrafe von zehn, gegen einen anderen eine Zuchthausstrafe von 1 Jahr und gegen einen erst 17jährigen Angeklagten eine Strafe von zehn Jahren Gefängnis.

+ + +
Kindermord. In Schwab-München bei Augsburg erschoss eine Frau in einem Anfall von Geistesverwirrung ihre beiden Kinder im Alter von 3 und 5 Jahren.

+ + +

Wild-West in Berlin. Bei dem Charlottenburger Banditenüberfall auf einen Geldtransport der Berliner Verkehrsgesellschaft fielen den Tätern über 33 000 Mark in die Hände. Das von den Räubern benutzte Auto wurde am Donnerstag-Mittag an der Glienicker-Brücke in der Nähe von Potsdam aufgefunden. Der Wagen weist einige Schusslöcher auf, da er von den verfolgenden Beamten beschossen worden war. Blutspuren oder irgendwelche anderen Merkmale wurden nicht gefunden.

Von den Tätern fehlt vorläufig jede Spur. Auch über ihre Zahl schwanken die Angaben. Es mögen vier bis sechs gewesen sein. Durch die blitzschnelle Arbeit der Banditen und durch die Schüsse, die sie abgaben, war eine allgemeine Verwirrung entstanden, die jede klare Beobachtung ausschloss. Nur darin stimmen die Aussagen überein, dass es sich bei den Verbrechern um junge Leute im Alter von 20 bis 25 Jahren handeln soll.

Ferner ist festgestellt worden, dass die Flucht des Räuberautos dadurch gefördert wurde, dass der verfolgende Polizeiwagen durch einen weiteren Privatwagen, der offenbar im Dienste der Verbrecher stand, dauernd behindert wurde. Der Privatwagen blockierte die Strasse so geschickt, dass dem verfolgenden Polizeiwagen - einer schnell gefassten Taxe - die Verfolgung nur auf eine kurze Strecke möglich war. Allem Anschein nach ist dieses zweite Auto den Räubern bis in die Potsdamer Gegend gefolgt und hat vermutlich dort die Banditen mit der geraubten Geldkassette aufgenommen.

+ + +
Eine grausige Tat. Vor dem Schwurgericht in Paderborn wird zurzeit gegen den der vorsätzlichen Tötung beschuldigten 26jährigen Schlächter Kurt Meyer aus Paderborn verhandelt; das Urteil wird voraussichtlich am Sonnabend gefällt werden.

Meyer ist angeklagt, die Hausangestellte Martha Kasper vorsätzlich getötet zu haben. Der Angeklagte hatte mit der getöteten Kasper geschlechtlich verkehrt. Eines Tages sagte sie ihm, dass sie schwanger sei. Beide entschlossen sich dann, die Frucht abzutreiben. Diese Abtreibung hat der Angeklagte am 18. März dieses Jahres auf dem Boden des väterlichen Hauses vorgenommen. Martha Kasper verblutete hierbei. Ob Meyer das Ende des jungen Mädchens durch eigene Gewalt beschleunigte, bleibt aufzuklären. Meyer entschloss sich dann, die Leiche zu zerstückeln. Er brachte es ferner fertig, die Stücke des Leichnams in ungefähr zehn Pakete zu verpacken, in einem Wagen abzutransportieren und an Stellen, die er für geeignet hielt, fortzuwerfen.

Zeugen, die den Angeklagten nach der Tat gesehen haben, bekundeten vor Gericht, dass sie keine Veränderung an ihm wahrgenommen hätten. Die am Ermittlungsverfahren beteiligten Kriminalbeamten sagten aus, dass Kurt Meyer sich von Anfang an in Widersprüche verwickelt hätte; sie sind der Meinung, dass er sich das Geständnis in bezug auf die Abtreibung zurechtgelegt habe. Auch die Sachverständigen halten die von dem Angeklagten abgegebene Abtreibungsdarstellung für unglaublich. Ferner wurde bei der Untersuchung des Schädels der Getöteten durch das Berliner "Institut für gerichtliche Medizin" festgestellt, dass der Martha Kasper die festgestellten Schädelverletzungen allem Anschein nach noch bei Lebzeiten beigebracht worden sind.

+ + +
Millionenschieber! In Berlin wurden am Donnerstag sieben Personen unter der Beschuldigung festgenommen, Devisenschiebungen in Höhe von insgesamt drei Millionen Mark verübt zu haben.

+ + +
Goethe-Talsperre. In Pirkenhammer bei Karlsbad wird augenblicklich eine Talsperre errichtet. Sie soll Goethe-Talsperre heissen.

+ + +
Kostbare Wahlen. Das rumänische Finanzministerium beabsichtigt ein Gesetz zu erlassen, das säumige Steuerzahler mit den Verlust ihres Wahlrechts bestraft.



Sie korrigieren sich!

Durchführungsbestimmungen zur Lohn- und Arbeitszeitverkürzung.

SPN. Die Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September ist sowohl auf Arbeitgeber- wie auf Arbeitnehmerseite auf scharfe Kritik gestossen. Die Regierung hat sich daher beeilt, rasch einige der grössten Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten ihrer Verordnung zu beseitigen. Die Durchführungsverordnung, die am Donnerstag gleichzeitig mit der Hauptverordnung in Kraft getreten ist, sieht folgendermassen aus:

§ 1.

Als "Betriebsabteilungen" gelten nur selbständige Betriebsteile im Sinne der Verordnung über Betriebstillegungen und Arbeitsstreckung vom 15. Oktober 1923 (Reichsgesetzbl. I S. 983).

§ 2.

(1) Bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten sind hinsichtlich der Bemessungsgrundlage wie hinsichtlich des jeweiligen Arbeitnehmerstands auch solche Arbeitnehmer mitzuzählen, die auf Grund eines planmässigen Austausches (Krümpersystem) zeitweise die Arbeit aussetzen.

(2) Nichtmitzuzählen sind:

- a) der Ehegatte des Arbeitgebers sowie Personen, die mit dem Arbeitgeber im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verschwägert sind.
- b) Hausgewerbetreibende einschliesslich der Heimarbeiter,
- c) Arbeitnehmer, deren Beschäftigung unständig im Sinne der Reichssicherungsordnung § 441 ist,
- d) Arbeitnehmer, die ausschliesslich oder überwiegend auf Provision, Bedienungsgeld oder ähnliche Bezüge angewiesen sind, wenn ihnen nicht ein dem Abs. 2b entsprechender Betrag als Mindestverdienst zugesichert ist,
- e) Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst achttausendvierhundert RM übersteigt,
- f) Lehrlinge und Volontäre.

(3) Ausserdem sind von den nach dem 5. September 1932 neu eingestellten Arbeitnehmern nicht mitzuzählen:

- a) Arbeiter oder Angestellte, die nicht mindestens vierzig Stunden in der Woche oder, falls die Arbeiter- oder Angestelltenschaft des Betriebs oder der Betriebsabteilung im Durchschnitt kürzer arbeitet, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden.
- b) Arbeitnehmer, deren Lohn oder Gehalt nicht einem für gleichartige Arbeit im Betrieb geltenden Tarifsatz entspricht, oder, mangels eines solchen Tarifsatzes, nicht mindestens dem Ortslohn (Reichssicherungsordnung § 149) gleichkommt; als Tarifsätze im Sinne dieser Vorschrift gelten die im Tarifvertrag vorgesehenen Sätze unter Abzug der in der Verordnung vom 5. September 1932 oder in anderen gesetzlichen Vorschriften zugelassenen Unterschreitungen.

§ 3.

Im Falle des Krümpersystems (§ 2 Abs. 1) ist die wöchentliche Arbeitszeit der Arbeiter oder Angestellten nach ihrer durchschnittlichen Arbeits-

zeit unter Einrechnung der Zeit des Aussetzens zu berechnen. Eine durchschnittliche Berechnung der wöchentlichen Arbeitszeit findet auch dann statt, wenn in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung die Arbeit derart gestreckt wird, dass planmässig auf die einzelnen Wochen eine verschiedene Zahl von Arbeitsstunden entfällt.

§ 4.

Grundlage für die Bemessung der Erhöhung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl (Verordnung vom 5. September 1932, § 1 Abs. 1 und 3) ist die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten. Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt mehr als vierzig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist im Falle einer Verringerung der Arbeitszeit von einer erhöhten Bemessungsgrundlage auszugehen. Die Erhöhung berechnet sich nach dem Verhältnis der eingetretenen Verringerung der Wochenarbeitsstunden zur Zahl der jeweiligen Wochenarbeitsstunden. Dabei bleibt ein Herabgehen unter vierzig Wochenarbeitsstunden ausser Betracht.

§ 5.

(1) Hat die Arbeiterschaft oder hat die Angestelltenschaft eines Betriebes oder einer Betriebsabteilung während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als sechsunddreissig Stunden wöchentlich gearbeitet, so ist der Arbeitgeber berechtigt, bei der Bemessung des Umfanges der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um ein Drittel erhöht anzurechnen.

(2) Er darf die Zahl der neu eingestellten Arbeiter oder Angestellten um zwei Drittel erhöht anrechnen, wenn die Arbeiter- oder Angestelltenschaft während der Monate Juni, Juli und August 1932 im Gesamtdurchschnitt nicht mehr als dreissig Stunden wöchentlich, er darf die Zahl doppelt anrechnen, wenn sie nicht mehr als vierundzwanzig Stunden wöchentlich gearbeitet hat.

§ 6.

(1) Uebersteigt der Lohn- oder Gehaltssatz eines Arbeitnehmers den zuständigen tarifvertraglichen Satz, so ist die zulässige Unterschreitung von demjenigen Teilbetrag zu rechnen, der dem tarifvertraglichen Satz entspricht.

(2) Sachbezüge, Aufwandsentschädigungen, Familienzuschläge und ähnliche Vergütungen sind nicht als Lohn- oder Gehaltssätze anzurechnen.

+ § 7.

Als "Wochenarbeitsstunden" gelten auch die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden.

§ 8.

Für den Wert von Sachbezügen sind, soweit nicht ein Tarifvertrag etwas anderes vorschreibt, die Festsetzungen der Versicherungsbehörden nach der Reichsversicherungsordnung § 160 Abs. 2 massgebend.

§ 9.

Die Verordnung tritt am 15. September 1932 in Kraft.

+

Diese Durchführungsvorschriften sollen, wie die Regierung versichert, die Berechnung der vorhandenen Belegschaft und ihrer Vermehrung grundsätzlich auf die Vierzigstundenwoche abstellen. Die Ungerechtigkeit der Verordnung, dass Arbeitgeber die bereits früher die Arbeit gestreckt hatten, schlechter gestellt wurden als die Unternehmer, die durch Verminderung der Belegschaft eine volle Beschäftigung von 48 Stunden aufrecht erhalten haben, soll beseitigt werden. Ebenso will die Regierung vermeiden, dass der Arbeitsverdienst der vorhandenen Arbeiter und Angestellten, der bei Verkürzung der Arbeitszeit naturgemäss schon eine Minderung erfährt, ausserdem auf Grund der Verordnung durch Unterschreitung der tariflichen Sätze weiter verkürzt werden

kann. Eine solche doppelte Kürzung werde nur in den Fällen eintreten, in denen ein Betrieb so viele Arbeitnehmer neu einstellte, dass dadurch nicht nur die Kürzung der Arbeitszeit ausgeglichen würde, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Beschäftigung einträte. Damit sei auch der Gefahr vorbeugt, dass infolge der Arbeitszeit trotz Vermehrung der Belegschaft eine Verminderung der Gesamtlohnsumme eintritt.-

Die falsche Grundlinie der Verordnung, d.h. die Verkoppelung einer neuen Lohnsenkung mit der Arbeitszeitverkürzung bleibt bestehen. An einigen Stellen ist sie sogar noch verbösert, worüber noch im einzelnen zu reden sein wird, weil es sich dabei um besonders knifflige Dinge handelt.

Besondere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung vom 5. September bei Akkordlöhnen und in der Seeschifffahrt werden zur Zeit im Reichsarbeitsministerium vorbereitet. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten. Ausführungsvorschriften über die Steuergutscheine erscheinen in der nächsten Woche.

SPD. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes trat am Donnerstag in Berlin zusammen. Der Hauptzweck seiner Tagung liegt in der Stellungnahme zur Arbeitszeitverkürzungsfrage, die in wenigen Tagen die Sonderkonferenz des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes in Genf beschäftigen wird, und zur Tagesordnung der nächsten Internationalen Arbeitskonferenz.

In den Beratungen am Donnerstag, die sich mit organisatorischen Fragen befassten, genehmigte der Vorstand den vom Sekretariat unterbreiteten Bericht über die im Juli dieses Jahres in Uccle bei Brüssel abgehaltenen internationalen Zusammenkunft jüngerer Gewerkschaftsmitglieder. Es wurde beschlossen, diese internationalen Schulungskurse jüngerer Gewerkschafter, die bisher einen ganz ausgezeichneten Verlauf nahmen und glänzende Erfolge erzielten, weiterzuführen und die Schulungswoche 1933 in Wien abzuhalten. Das Sekretariat wird den an diesen Zusammenkünften teilnehmenden Schülern ermöglichen, die angeknüpften Beziehungen durch Briefwechsel aufrecht zu erhalten und zu befestigen sowie ihre Sprachkenntnisse zu erweitern. Es ist in Aussicht genommen, für später ein derartiges internationales Treffen der jüngeren Gewerkschafter in Spanien vorzubereiten.

Der Bericht des Vierländerkomitees wurde vom Vorstand genehmigt. Er stimmte dem von dem Komitee gefassten Beschluss über die Möglichkeit der Fortführung der Propaganda im luxemburgisch-lothringischen Industriegebiet zu. Gegen Ende des Jahres wird das Vierländerkomitee nochmals zusammentreten, um weitere Entscheidungen in dieser Angelegenheit zu treffen.

Ein Bericht des Jugend-Bildungs-Komitees wurde entgegengenommen. Ferner befasste sich der Vorstand mit der Frage der Vereinheitlichung der gewerkschaftlichen Organisation in der Tschechoslowakei.

Ueber Japan konnte der Generalsekretär erfreulicherweise berichten, dass die Schaffung einer einheitlichen Landeszentrale der Gewerkschaften, die gegen die imperialistische und faschistische Politik in Japan kämpfen, unmittelbar bevorsteht. Mit einer Sympathieäußerung wurden die Bestrebungen der freigewerkschaftlich orientierten japanischen Arbeiter begrüßt. In solidarischer Verbundenheit wurde ihnen Unterstützung zugesagt. Den 2 000 streikenden Textilarbeitern in Hiratsuka, die für die Sicherung und Erweiterung des Koalitions- und Vereinigungsrechtes kämpfen und einen Lohnabbau der Unternehmer erfolgreich abzuwehren im Begriffe sind, wurde zur Stärkung des Solidaritätsgefühls ein Unterstützungsbeitrag bewilligt.

Die Beratungen des IGB-Vorstandes werden am Freitag fortgesetzt.



Handelsbilanzsorgen.

Deutschland verliert durch seine Autarkieexperimente $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark Warenausfuhr.

SPD. Die deutsche Aussenhandelsbilanz ergibt für den Monat August überraschenderweise einen Ausfuhrüberschuss von 97 Millionen Mark gegenüber 65 Millionen Mark im Juli. Aber das kann über die Gefahren für unseren Aussenhandel nicht hinwegtäuschen. Der Ausfuhrüberschuss hat noch im Jahre 1931 pro Monat 300 Millionen Mark getragen und stieg sogar im Oktober 1931 auf seinen höchsten Stand von 396 Millionen Mark an.

In diesem Zusammenhang ist eine Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstituts zu erwähnen, wonach bei dem gegenwärtigen Stand des Welt Handels Deutschland, auf das Jahr berechnet, von seinem Auslandsabsatz etwa 750 Millionen Mark an seine Konkurrenten verloren hat. Wohl gemerkt, dabei handelt es sich nicht um solche Ausfuhrverluste, die infolge der allgemeinen Absatzschwierigkeiten eingetreten sind. Es kommt vielmehr Absatzverlust Deutschlands an seine Konkurrenten auf den Weltmärkten in Frage. Deutschland muss diese Schlappe in seinem Export hinnehmen, trotzdem es in brutaler Weise die Löhne abgebaut hat, wovon man sich riesige Exporterfolge versprach. Also auch dieser Traum ist ausgeträumt. Des anderen muss in Rechnung gesetzt werden, dass die deutschen Exportpreise den durch die Pfundentwertung gesenkten englischen Exportpreise wohl ständig folgen, sie aber nicht erreichen konnten. Das ist aber nicht ausschlaggebend. Ausschlaggebend ist ohne Zweifel die starke Abwehrbewegung gegen deutsche Waren in vielen, meistens europäischen Ländern, die durch unbegreifliche Experimente der deutschen Handelspolitik hervorgerufen ist. So rächt sich der deutsche Autarkiewahn. Er hat jetzt schon hunderttausenden von deutschen Arbeitern und Arbeiterinnen den Arbeitsplatz gekostet.

Die Wareneinfuhr während des Monats August liegt mit 331 Millionen Mark um 35 Millionen Mark unter dem Stand des Vormonats. Die Rohstoffeinfuhr ist der Menge nach nicht zurückgegangen. Dagegen sind die Einfuhren an Lebensmitteln um 18 und die Einfuhren an Fertigwaren um 16% gesunken. Die Rohstoffhaussa hat sich bei den Rohstoffeinfuhren noch nicht ausgewirkt. Im durchschnittlichen Preisniveau ist bei den Rohstoffeinfuhren sogar ein Rückgang um 3% festzustellen.

Die Ausfuhr blieb im August mit 428 Millionen Mark nur um 2,5 Millionen hinter dem Julistand zurück. Bei der Fertigwarenausfuhr errechnet man sogar eine mengenmäßige Steigerung um 1%. Rechnerei ohne Sinn und ohne Trost! Wichtiger ist die Feststellung, dass die saisonmäßige Ausfuhrsteigerung, auf die man im August gewartet hat, nicht eintraf. Die Fertigwarenausfuhr wird mit 333,9 Millionen Mark angegeben gegenüber 615 Millionen Mark im Monatsdurchschnitt 1931 und 753,1 Millionen im Durchschnitt 1930. Im August 1931 machte die Fertigwarenausfuhr Deutschland noch 616,4 Millionen Mark aus.

In der oben erwähnten Veröffentlichung des Konjunkturforschungsinstituts wird versucht, ein Bild über die deutsche Handelsbilanz in Zukunft zu entwerfen. Man stellt dort Entlastungstendenzen Belastungstendenzen gegenüber. Entlastungstendenz erscheint dem Konjunkturforschungsinstitut die Einschrän-

kung der Lebensmitteleinfuhr z.B. der Getreideeinfuhr. Auch rechnet das Konjunkturforschungsinstitut mit der Durchföhrung einer Kontingentierung der Lebensmitteleinfuhr. Muss aber zugleich einen Dämpfer aufsetzen. Diese Kontingentierung wird, da ja erst mit den betroffenen Staaten verhandelt werden muss, ab Ende 1933 in Kraft treten können. Wer also Wunderwirkungen von einer Kontingentierungsliste erhofft, muss sich vom Konjunkturforschungsinstitut eines Besseren belehren lassen. Sofort eintreten aber werden die nachteiligen Folgen einer solchen Kontingentierung. Das ist gerade der wunde Punkt der Autarkiepläne, dass viele in Deutschland von ihnen Vorteile erhoffen, die erst in Jahren unvollkommen oder gar nicht eintreten werden; dass man aber dafür sofort Nachteile in Kauf nehmen muss.

Nun die Belastungstendenzen. Dahin gehört die Steigerung der Rohstoffpreise, der ganze Komplex der Rohstoffhausse. Von dieser Rohstoffhausse haben zunächst die überseeischen Staaten eine Stärkung ihrer Kaufkraft zu erwarten. Nach diesen Ländern geht aber nur ein Fünftel der deutschen Wareneinfuhr. Auch stösst Deutschland dort auf die äusserst starke Konkurrenz Englands, Amerikas und Japans. Die beginnende Hausse in den überseeischen Ländern dürfte also vorerst keine grösseren Auswirkungen auf die deutsche Wareneinfuhr haben. Andererseits verärgern wir durch unsern Autarkiewahnsinn die europäischen Kundenländer, die unsere besten Warenabnehmer sind.

Die Rohstoffhausse wird sich in dem von Vorräten entblösten Deutschland nach Ansicht des Konjunkturforschungsinstituts so auswirken, dass wir mehr Rohstoffe brauchen - bei ansteigenden Preisen werden die Läger gefüllt, und dass wir diese Rohstoffe teurer bezahlen müssen. Weiter werden die industriellen Fertigwarenpreise, also, vom Standpunkt Deutschlands gesehen, die Exportpreise, nur langsam den Rohstoffpreisen folgen können.

Während die deutsche Handelsbilanz bis jetzt davon profitierte, dass die Rohstoffpreise schneller sanken als die industriellen Exportpreise, tritt jetzt gerade das Gegenteil ein. Die bisher herrschende Entlastung in der deutschen Handelsbilanz muss sich in eine Belastung verkehren.

SPD. Der Auftrieb, der an der Berliner Mittwochbörse von der Besserung der Rohstoffpreise ausging, war am Donnerstag so gut wie völlig verpufft. Kaufaufträge aus dem Publikum lagen nicht vor, sodass die Börse wieder unter sich war. Wir befürchten, dass das noch lange Zeit der Fall sein wird.

Besser waren wieder Montanwerte gehalten, aber mit Unterschied. Gelsenkirchen konnten anziehen, dagegen ergaben sich beim Ruhrtrust und bei Rhein Stahl Kursverluste bis 2%. Pfandbriefe, soweit sie von den grossen Hypothekenbanken herausgegeben sind, lagen fester. Die Pfandbriefe der Landschaftsbanken wurden schlechter bewertet. Anscheinend hat man Furcht von einer Zinskonversion.

SPD. In der Generalversammlung des Warenhauskonzerns Karstadt, die am Donnerstag in dem mit Aufwand mit vielen Millionen Mark erbauten und jetzt nur zum Teil benutzten neuen Verwaltungsgebäude in Berlin stattfand, gab es ein grosses Katzbalgen um die fällige Sanierung. Es geht dabei um den Streit zwischen den Banken einerseits und den Aktionären und Obligationären andererseits, wer von ihnen nun opfern soll. Die Aktionäre und Obligationäre sagten, die Banken tragen in der Hauptsache die Schuld, dass es im Karstadt-Konzern zu den unsinnigen Riesenbauten und Fehlinvestitionen gekommen sei. Die

Banken hätten sich auch gesichert. So hätten sie wertvolle Objekte von den früheren Vorstandsmitgliedern erhalten, gegen die der Karstadtkonzern und auch die Generalversammlung der Karstadt A.G. leider nach dem Wahl=spruch verfahren haben: Edel sei der Mensch, hilfreich und gut, sofern es sich um Vorstandsmitglieder bei grossen Konzernen handelt. In der Debatte wurde von den Aktionären der Bauwahn=sinn des Konzerns gekennzeichnet, auch wurden die hohen Gehälter bemängelt. 700 000 Mark für den Vorstand seien viel zu hoch. Im Übrigen erfuhr man, dass die Zahlungen der früheren Vor=sstandsmitglieder an den Karstadtkonzern nicht so eingegangen sind, wie das vorgesehen war. Man habe bereits grössere Abschreibungen gemacht. Die Ent=wertung während der Deflation hätte aber noch zu weiteren Abschreibungen gezwungen. Der Antrag, eine Revisionskommission einzusetzen, wurde abgelehnt. Auch eine Illustration zu dem Kapitel Kontrolle in der kapitalistischen Wirtschaft.

SPD. Im zweiten Vierteljahr 1932 betrug das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten 6,8 Milliarden Mark gegen 8,6 Milliarden Mark im zweiten Vierteljahr 1931. Die Folge: der Frischmilchabsatz ist im Juni um 15,6 Prozent kleiner geworden als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Der Ab=satz in hochwertiger Flaschenmilch hat sogar eine Einschränkung um 30 Pro=zent erfahren. Ebenso ist der Zuckerabsatz in diesem Jahr um 16 Prozent geringer als im Vorjahr. Der Fleischabsatz ist nur deswegen unerheblich zu=rückgegangen, weil die Viehpreise zum Schaden der Landwirtschaft sehr tief gesunken sind. Insgesamt betrugen die Einnahmen aus dem Verkauf der wichtig=sten landwirtschaftlichen Erzeugnisse im jetzt abgeschlossenen Wirtschafts=jahr 7,3 Milliarden Mark, während in den Jahren vor dem Lohnabbau die deut=sche Landwirtschaft, obwohl sie damals weniger lieferte als jetzt, 10,3 Milliarden Mark durch Verkauf ihrer Erzeugnisse vereinnahmte.

Die Landwirtschaft tut also das dümmste was sie nur machen kann, wenn sie den reaktionären Phrasendreschern glaubt, dass es ihr besser gehen könn=te, wenn es dem Industriearbeiter schlechter geht. Es heisst nicht mehr w= im alten Sprichwort: "Hatt der Bauer Geld, hat es die ganze Welt" sondern "Hat der Industriearbeiter Geld, hat's die ganze Welt."

SPD. Die Deutsche Schuh A.G. Bata in Ottmuth und die Bata A.G. in Zlin arbeitet seit Tagen mit Berichtigungen, die sich gegen einen Artikel wen=den, der vom "Soz. Pressedienst" gelegentlich des tragischen Unglücksfalls des Gründers der Bata A.G. verbreitet wurde. Der Artikel wendet sich u.a. gegen die Behauptung, dass sich die Bata A.G. in Absatznot befand und dem=zufolge finanziell zu kämpfen hatte. Wir können auf die Berichtigung der Bata A.G. nur erwidern, dass sie wochen- und monatelang dieselben Feststel=lungen in der gesamten Presse der Welt unbeanstandet gelassen hat. Wenn sich jetzt die Verhältnisse bei Bata gebessert haben, wie in der Berichti=gung behauptet wird, und Bata zu einer Neueinstellung von Arbeitern über=gehen konnte, so beweist das nur, dass die oben erwähnten Behauptungen etwas auf sich hatten.

Wichtiger ist der sozialpolitische Teil der Bata'schen Berichtigung. Beanstandet wird der Ausdruck in dem Artikel des "Soz. Pressedienst" vom "europäischen Sklavenleben" in Zlin. Behauptet wird, in Zlin sei alles in Butter. Wir brauchen gar nicht nach Zlin zu schauen, um die Bata'schen Me=thoden zu charakterisieren. Wir erinnern nur an einen Vorfall, der sich

Anfang dieser Woche bei Bata in Berlin abspielte. Dort hat das Gewerbeaufsichtsamt die Betten aus den Bataaschen Reparaturwerkstätten entfernt, die doch wohl nur zu dem Zweck da waren, dass die Arbeiter auch die Nacht dort verbringen sollten, wo sie am Tag arbeiteten. Im übrigen müssen wir feststellen, dass in den Bataaschen Reparaturwerkstätten in Berlin auch heute noch ohne Tarif gearbeitet wird.

Die Deutsche Schuh A.G. Bata in Ottmuth berichtet im besonderen, dass bei ihr keine Betriebsräte herausgegrault worden seien und dass seit Gründung der Fabrik in Ottmuth ein Betriebsrat bestehe. Wie wir wissen, ist auch in Ottmuth, soweit die Angestellten in Frage kommen, kein Betriebsrat vorhanden. Nach der Berichtigung der Deutschen Schuh A.G. habe Bata für das Ziel, Betriebsräte herauszugraulen, vor deutschen Gerichten noch "nie eine Verurteilung hingenommen" und habe sich im Kampf gegen die "Roten" "nicht eine Stange Geld kosten" lassen. Wir erinnern die Deutsche Schuh A.G. demgegenüber daran, dass in den Berliner Batabetrieben die Betriebsratswahl erst auf den bekannten sanften Druck des Gewerbeaufsichtsamts durchgeführt wurde. Bata hat diese Wahl auch angefochten. So stehen die Dinge gegenwärtig. Andererseits werden den Filialleitern der Batabetriebe in Berlin seit einiger Zeit sogenannte Agenturverträge vorgelegt, Der Zweck dieser Verträge ist u.a., den Betrieb derart zu gestalten, dass er nicht mehr gesetzlich verpflichtet ist, einen Betriebsrat zu halten. Dem Zweck dient wohl auch die Forderung Bata an die Filialleiter, das Gewerbe anzumelden. Die Filialleiter hingegen legen den Angestellten Reverse vor, nach denen sie nicht mehr Angestellte Bata, sondern Angestellte der jeweiligen Filialleiter sind. Inwieweit sich nun Bata den Kampf gegen den Betriebsrat etwas kosten lässt, beweist die Feststellung, dass noch in den letzten Tagen bei Bata angestellte Betriebsräte, deren Klagen vor dem Berliner Arbeitsgericht schwebten, namhafte Abfindungen gezahlt wurden. Wir nennen für heute für den Berliner Bezirk drei Namen; Herz, Hemp und Cohn.

Berliner Milchpreis.

SPD. Für die Milchlieferungen nach Berlin hat der Preisausschuss des Milchversorgungsverbandes Berlin folgende Preise festgesetzt, die mit Beginn der neuen Milchlieferungswoche am 16. September 1932 in Kraft treten. 1. Trinkmilch 13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge: a) für tiefgekühlte Milch 0,5 Rpf je Liter, b) für molkereimässig behandelte Milch 1,75 Rpf je Liter; 2.) a) Werkmilch 9 Rpf je Liter, b) tiefgekühlte Werkmilch 9,5 Rpf je Liter. Diese Preise gelten bis auf weiteres für einen Liter Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3% und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3% Fett werden für jedes fehlende Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von zwei Zehntel Pfennig vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter vorgenommen. Die Wochenziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung (Ziffer VI) für die Milchlieferung ab Freitag, den 16. September 1932, auf 84% festgesetzt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 15. September. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 111, II. Qualität 101, abfallende Sorten 92 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

Kleines Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 15. September)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Donnerstag wieder in sehr ruhiger Haltung. Die Umsatztätigkeit hielt sich in allerngsten Grenzen. Namentlich war der Bedarf der Mühlen an Roggen sehr gering, da diese anscheinend mit Material noch gut versorgt sind. Infolgedessen liess sich das wenige auf den Markt gebrachte Material nur schwer unterbringen. Am Promptmarkt war die Notiz unverändert, während sich am Markte der Zeitgeschäfte Abschwächungen von $1\frac{1}{2}$ Mark ergaben. Weizen war gleichfalls sehr knapp angeboten und fand ebenfalls nur geringfügige Nachfrage. Hier wurde aber die Notiz für prompte Ware um eine Mark erhöht, während sich am Markte der Zeitgeschäfte nur geringfügige Preisverluste ergaben. Das Mehlgeschäft wickelte sich weiter in sehr ruhigen Bahnen ab. Die Forderungen der Mühlen waren unverändert; jedoch konnten wenig Umsätze erfolgen. Hafer hatte stetige Tendenz. Allerdings wurden die zum Teil erhöhten Forderungen vom Konsum kaum bewilligt. Auch in Gerste war das Geschäft sehr eingeschränkt.

	14.9.	15.9.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	206 - 208	207 - 209
Roggen	160 - 162	160 - 162
Braugerste	174 - 184	174 - 184
Industrie- und Futtergerste	167 - 173	167 - 173
Hafer	136 - 141	137 - 142
Weizenmehl	25,00-30,00	25,00-30,00
Roggenmehl	21,75-24,00	21,75-24,00
Weizenkleie	10,00-10,40	10,00-10,40
Roggenkleie	8,50- 8,90	8,50- 8,90

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 222-221,50 Oktober 221,75-221,50, Dezember 221,75-221,50, März 227-226,50, ruhig. Roggen September 173,50-172,75, Oktober 173,50-172,50, Dezember 174,75-173,75, März 177-176,50, matter. Hafer September 146, Oktober - Dezember 144,50, März - ruhig.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 15. September) A) Deutsche Eier: 1. Trinkeier, vollfrische gestempelte, Sonderklasse über 65 g 9,25, Klasse A über 60 g 8,75, Klasse B über 53 g 8,25, Klasse C über 48 g 7,75. Frische Eier: Klasse B über 53 gr 7,75. Aussortierte kleine und Schmutzeier 6,25. B. Auslands-eier: Dänen 18er 9,25, 17er 8,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16 er 8,25, leichtere 7,75, Schweden 18er 9,25, 17er 8,75, 15 $\frac{1}{2}$ -16er 8,25, leichtere 7,75. Estländer 17er 8,50-15 $\frac{1}{2}$ -16er 7,75-8, Bulgaren 6, Rumänen 6,50-6,75, Ungarn und Jugoslawen 6,25 Polen normale 6-6,25, Kleine, Mittel- und Schmutzeier 5,50-6. Die Preise verstehen sich in Reichspfennig je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbezieher und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usan. n. Witterung: schön, Tendenz: behauptet.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S . P . D .

Nr. 71.

Berlin, den 15. September 1932.

Frau und Wehrmacht.*

SPD. Vor kurzem hielt der "Stahlhelm" in Berlin eine grosse Heerschau ab. Aus den entferntesten Dörfern Deutschlands wurden die Besucher und Teilnehmer herbeigeholt, um die Veranstaltung so imposant als nur möglich werden zu lassen. Aber damit nicht genug. Als die eigentliche Stahlhelmparade längst vorüber war, wurden an unzähligen Stellen Berlins Werber postiert, um die männliche und weibliche Bevölkerung für den Wehrgedanken zu begeistern. Man wählte irgend ein hübsch gelegenes Gartenlokal, brachte Plakate an, steckte eine wallende Kriegsflagge heraus, und Abends spielten einige mehr oder weniger musikalische ein Programm von schneidigen Märschen herunter. Die Vorübergehenden blieben stehen, Kinder marschierten nach dem Takte der Marschmusik, und ein paar Backfische betrachteten neugierig die Medaillensammlungen, die einige der postierten, kriegerisch anzuschauenden Gestalten auf der Brust trugen: Gelegenheit genug für den "Stahlhelm", seine Propaganda zu entfalten und die männliche Jugend für die Organisation der "Frontsoldaten", die weibliche für den "Königin Luise-Bund", die Schwesterorganisation des "Stahlhelm", zu begeistern.

Und wie in Berlin, so wird heute überall auf dem Lande für eine starke Wehrmacht geworben. Den Frauen und Mädchen, deren Männer, Söhne und Väter arbeitslos sind, wird gesagt, dass bei der Einführung einer allgemeinen Wehrpflicht Millionen von Menschen Unterkunft, Kleidung, Nahrung und Löhnung erhalten werden. Wer allerdings die Summen aufbringen soll, um ein solches Heer zu unterhalten, und wer die Rüstungen zu bezahlen hat - nämlich das Volk! - das wird wohlweislich verschwiegen. Auch der Einwand, dass Rüstungen gleichbedeutend mit Krieg seien, wird übergangen oder dahin beantwortet, dass eine starke militärische Macht noch lange keinen Krieg bedeute, sondern ganz das Gegenteil bezwecke, nämlich die andern Völker in Furcht zu halten. Die Jugend hat es nicht am eigenen Leibe erlebt, und viele Erwachsene haben es bereits vergessen, dass auch der Weltkrieg 1914 begann, nachdem die Völker Europas sich gegenseitig durch immer gewaltigere Rüstungen übertrumpft hatten. Damals liessen Millionen von Frauen und Müttern ihre Angehörigen in stolzer Freude hinausziehen, in der Hoffnung, dass der Krieg "bis Weihnachten", oder nach einer ebenso romantischen Legende, die damals bewusst verbreitet wurde, "bis zur Kirschblüte" beendet sei, und dass nach kurzer Trennung ihre Lieben, mit Orden und Ehrenzeichen geschmückt, unversehrt als Sieger zu ihnen zurückkehren würden. Aber aus den Wochen wurden Monate und Jahre, und die Millionen Männer, die hinausgezogen waren, wurden dezimiert durch Tod, Verwundungen und Krankheiten. Und den hinterbliebenen Frauen und Müttern blieb nur die einzige Hoffnung, dass sie und ihre Kinder nach Beendigung des Krieges wenigstens vor materieller Not geschützt würden. Aber selbst diese letzte, bescheidenste Erwartung hat sich nicht erfüllt.

Das Schicksal der grauenhaft enttäuschten Frauen und Mütter steht nicht vereinzelt da. Vor kurzem hörten wir aus Amerika, wie die Veteranen des Weltkrieges in einem Lande, das am Ueberfluss erstickt, verzweifelt um eine ausreichende Unterstützung kämpfen. Der "Dank des Vaterlands", von dem man im Krieg tagtäglich gesprochen hatte, bestand in Amerika darin, dass die Regierung Truppen mit Tränenbomben und gefälltem Bajonett gegen die Kriegsteilnehmer vorschickte! Aber können wir uns über ein solches Verhalten heute wirklich noch wundern? Ist dieses Schicksal der Hinterbliebenen seit Jahrhunderten

nicht als Folge jedes Krieges in allen Ländern der Erde zu verzeichnen, ganz gleichgültig, ob das betreffende Volk als Sieger oder Besiegter hervorging?

Greifen wir kurz zwei Kriege heraus, die verhältnismässig harmlos waren im Vergleich zum Weltkriege: den Kampf zwischen Preussen und Dänemark 1864 und den Krieg zwischen Deutschland und Frankreich 1870. Werfen wir einmal einen Blick in Akten, die schwarz auf weiss die Verhältnisse der Hinterbliebenen, vor allem der Frauen und Kinder, festgehalten haben. Es gibt kein erschütternderes Bild von Kinderelend und Frauennot!

Da ist eine Kriegerwitwe aus Landsberg an der Warthe. Der Mann kehrt todkrank, mit Lungentuberkulose, nach Hause zurück. Kurze Zeit nach Beendigung des Krieges stirbt er und hinterlässt drei Kinder. Das erste Kind stirbt aus Mangel an Pflege, als die Mutter sich in Berlin einer schweren Operation unterziehen muss. Das zweite Kind geht unter den Augen der Mutter an Unterernährung zugrunde. Das dritte, dessen Geburt mit der Heimkehr des Todkranken zusammenfiel, erbte im Krankenzimmer, dem einzigen Zimmer der Familie, das gleichzeitig Ess-, Schlaf- und Wohnraum war, die Krankheit des Vaters und wurde mit ihr zusammen eingesargt. Die Mutter, die infolge des Krieges Mann und drei Kinder verloren hatte, war seelisch völlig vernichtet. Aber sie erhielt keine Unterstützung, mit der Begründung, sie sei jung und habe für niemanden mehr zu sorgen. Sie musste sich als Wäscherin ihr schweres Brot verdienen.

Unzähligen Frauen und Müttern erging es ähnlich. Obwohl Preussen Sieger geblieben war, darboten seine Hinterbliebenen. Den Frauen wurde, wenn sie besonderes Glück hatten, eine winzige Unterstützung gewährt, sechs Taler monatlich, auf drei oder vier Monate auszahlbar - dann konnten sie sehen, wie sie weiter kamen. Und wie war es nach dem Kriege 1870/71? Die Älteren unter uns können sich selbst noch darauf besinnen, wie arme Drehorgelmänner, Invaliden mit einem Arm oder einem Bein, in den Höfen die Orgel drehten, während eine hohlwangige Frau oder ein blasses Kind bittend die Hand aufhielt und für die Pfennige dankte, die ihnen Mitleidige in den Hut warfen.

So darboten und hungerten nach jedem Kriege Millionen von Hinterbliebenen in allen Staaten der Welt! Nicht genug, dass ihr Lebensglück zerstört war, nicht genug, dass sie seelisch Furchtbares erlitten, sie mussten auch betteln und hungern, ohne eigene Schuld, nur weil sie dem "Ruf des Vaterlandes" gefolgt waren. Was der "Stahlhelm" heute zeigt, das ist nur Fassade! Was der Nationalsozialismus verkündet, das sind Phrasen, die mit dem Kriege, wie er wirklich ist, nichts zu tun haben. Nicht "Stahlhelm" und "Königin Luise-Bund", nicht Hitlerjünger in feudalen Ledergamaschen dürfen wir fragen, sondern die Hinterbliebenen müssen wir hören, wenn wir wissen wollen, wie der Krieg, wie die "Wehrmacht" aussieht! Sie allein zeigen uns das wahre Antlitz des Krieges!

m.

Wahlreform und Frauen.^x

SPD. Man sollte eigentlich annehmen, das Wahlrecht könnte den Frauen in Deutschland nicht wieder genommen werden, nachdem sie es vierzehn Jahre lang ausgeübt haben. Immerhin dürfen wir uns doch nicht verhehlen, dass die sozialdemokratische Partei als einzige für das Frauenwahlrecht eingetreten und bis in den Oktober 1918 der Widerstand aller bürgerlichen Parteien bis auf einzelne ihrer Abgeordneten sehr gross gewesen ist. Ein grosser Teil gerade dieser bürgerlichen Parteien hat heute die Macht in den Händen. Sollten sie ihre frühere Gesinnung so gewandelt haben, dass sie alle Versprechungen, mit denen sie die Frauen heute für sich zu gewinnen suchen, halten werden?

Die Reichsregierung Papen sieht eine Reform des Wahlrechtes vor. Nach bisher bekannt gewordenen Andeutungen soll das Listenwahlrecht abgeschafft werden. Es soll eine Abstufung des aktiven Wahlrechtes eingeführt werden, sodass

Personen, die ein gewisses Alter erreicht haben, und Familienväter über 40 Jahre eine zweite Stimme erhalten sollen. Die Altersgrenze für das aktive Wahlrecht soll erhöht werden. Man spricht von 21 oder gar 25 Jahren. Diese und andre Vorschläge sollen zunächst den Länderregierungen zur Stellungnahme und Begutachtung zugeleitet werden. Desgleichen - und das ist besonders bedeutungsvoll für die Frauen - sollen die Landesregierungen über die Frage der Beibehaltung des Frauenstimmrechts ihre Auffassung mitteilen. Da wir in Deutschland eine Reihe von Landesregierungen haben, die ausgesprochene Gegner des Frauenwahlrechtes sind (Braunschweig, Oldenburg, Thüringen u.a.), so ist eine solche Rundfrage nicht unbedenklich für die Frauen.

Der Nationalsozialismus hat die Frage nach der Berechtigung des Frauenstimmrechtes wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Es ist ihm gelungen, bei vielen Frauen selbst Zweifel oder Abneigung dagegen zu erwecken. Wenn dort auch noch nicht gerade ein "Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation" begründet worden ist, wie er noch während des Krieges bestand, so wird doch der Heranstandpunkt sehr stark betont. Hiess es doch seinerzeit im ersten Wahlauf-
ruf des konservativen "Reichsboten", den Frauen wäre durch das Frauenstimmrecht eine "unerwünschte Last" auferlegt worden. Sie würden lieber in der "Stille des heimischen Herdes die Heiligtümer heben, die draussen in Trümmer geschlagen wurden". Noch immer gibt es eine Reihe von Menschen, die diesen Standpunkt nicht aufgegeben haben. Nun ist vielleicht die Zeit gekommen, wo sie "die unerwünschte Last" los werden können. Auch ein Frauenauf-
ruf wurde damals erlassen, der die Zurücknahme des Frauenwahlrechtes verlangte, "ein gemeinsamer, kraftvoller Einspruch" gegen "das unerwünschte Geschenk".

Auch heute noch gibt es genug Frauen, die ihr politisches Wissen für zu gering und lückenhaft halten, um der Verantwortung, die sie mit tragen sollen, gewachsen zu sein. Andere wieder fürchten, durch die Beschäftigung mit der Politik unweiblich zu werden. Nun hätten ja die Unwissenden seit 1918 Zeit gehabt ihr politisches Wissen zu ergänzen. Es ist auch fraglich, ob es nicht gerade heute eine Reihe von Beschäftigungen von Frauen gibt, die unweiblicher machen als die Politik. Kürzlich erschien ein Artikel von einer Frau Meyer-Steinkopf, der sich energisch gegen das Frauenwahlrecht wendete, mit der Begründung, die verheirateten Frauen wählten doch wie ihre Männer. Von den unverheirateten Hessäsen die meisten kein richtiges Urteil oder liessen sich beeinflussen (wie die Verheirateten)! In Wirklichkeit stehen die meisten unverheirateten Frauen doch gerade durch ihren Beruf mitten im Leben, können sich daher ein eigenes Urteil bilden, und gerade das Kapitel der Berufsarbeit der Frau ist ja zum grossen Teil ein politisches. Frau Meyer behauptet ferner, durch das Politisieren der Mütter würden "Kinder und Familienleben" verdorben. Wer aber die Bedeutung der Mutter als Erzieherin richtig erfasst, der weiss, dass ihr heute weit grössere Aufgaben zufallen als früher. Denn heute kann sich die Mutter nicht mehr abschliessen in ihren vier Wänden. Auch sie steht heute mitten im Leben. Sie weiss daher auch, wie stark alles im Leben von der Politik abhängt. Es ist nicht nötig, die Kinder parteipolitisch zu erziehen. Aber es ist nötig, ihnen die Augen zu öffnen für alle Vorgänge im Leben, sie zu Pflichten und Mitverantwortung zu erziehen. Für die Parteipolitik, wie sie oft den Kindern auf der Strasse beigebracht wird, dass sie mit dem Schlachtruf "Heil Hitler!" oder "Heil Moskau!" Strassenschlachten liefern, ist die besonnene politische Erziehung das beste Gegengewicht.

An anderer Stelle war neulich zu lesen, die Masse der Frauen wäre nicht reif gewesen für das Wahlrecht. Wer so etwas schreibt, der übersieht die jahrelange politische Erziehungs- und Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie an den Frauen. Diese Erziehungs- und Aufklärungsarbeit haben allerdings die anderen Parteien unterlassen. Bei ihnen finden wir die Frauen, die sich kein festes Urteil gebildet haben und daher leicht zu gewinnen sind durch Phrasen aller Art. Sie sind es, die nur zu leicht sich den Frauenscharen zugesellen, deren

Sammlung Hitler anstrebt trotz seiner ausgesprochen feindlichen Einstellung gegen die Betätigung der Frauen im öffentlichen Leben. Diese Frauenscharen nehmen es als selbstverständlich an, dass im Dritten Reich die politische Gleichberechtigung beseitigt wird. Hier ist nur der Staatsbürger zur aktiven Teilnahme am Staatsleben berechtigt. Der deutsche Mann erwirbt das Staatsbürgerrecht mit Abschluss der Schul- und Militärausbildung; die deutsche Frau wird Staatsbürgerin nur durch die Heirat. (Hitler, "Mein Kampf"). Der im Erwerbsleben stehenden weiblichen Staatsangehörigen kann das Bürgerrecht verliehen werden. Sie erhält es jedoch nicht auf Grund ihrer gleichwertigen Persönlichkeit. Sie kann auch im öffentlichen Leben keine Stellung einnehmen. Zu den ersten Massnahmen der Uebernahme der Macht durch die Nationalsozialisten gehört die Entfernung der Frauen und Mädchen aus allen öffentlichen Büros und Stellungen. Eine Frau Emma Wille fordert das sogar in den Nationalsozialistischen Monatsheften. Als Ausgleich verspricht man der Frau eine gehobene Stellung in der Familie. Sie soll "wieder Priesterin und Göttin" werden. Wann und wo ist sie das eigentlich schon einmal gewesen? Aber diese "Göttin und Priesterin" soll nicht etwa dem Manne gleichberechtigt sein.

Wenn bei den Nationalsozialisten auf 100 Männerstimmen 116 Frauenstimmen abgegeben worden sind, so zeigt das eben, dass unendlich viele Frauen noch nicht begreifen, dass ihre Gleichberechtigung bedroht ist. Aber wenn ihnen das gleichgültig ist, so ist es Aufgabe der übrigen Parteien, vor allem auch Aufgabe der Frauen selbst, die die Wichtigkeit des Stimmrechts für ihr Geschlecht erkannt haben, nicht müde zu werden in Werbung und Aufklärung. Sie müssen heute mehr als je auf dem Posten sein, wo das Frauenstimmrecht so stark bedroht ist. Künftige Generationen werden es ihnen danken.

Anna Bloss.

Unter der Mitternachtssonne.^x

SPD. Die Mitternachtssonne klebt über den Silhouetten der Berge wie Goldpapier auf einem Abziehbilde. Die beschauliche Stille des Nordens liegt über dem kleinen Dorfe Notodden, das sich an die Berglehnen schmiegt, und dessen schmalem Strand das Meer taktmässig hinaufrollt und wieder zurückrieselt, kleine Muscheln im Sande vergrabend.

Mara Olsen tritt aus dem blendend weissen Kleinhaus und sieht in die Bucht hinab. Noch durch das Dämmerlicht hindurch erkennt sie ein kleines Schiff, das sich im Fjord schaukelt. "Wer ist denn gekommen?" ruft sie zur Nachbarin hinüber und deutet auf das Schiff.

"Es ist der kleine Walfischfänger "Ny Tid". Er ist frühmorgens vor Anker gegangen."

Mara Olsen nickt stumm und wirft einen langen Blick auf das Schiff hinter. Dann geht sie in das blendend weisse Kleinhaus zurück und denkt an einen schlanken, grossen und stämmigen Burschen, der mit "Ny Tid" gekommen ist, und den sie heute Abend sehen wird, wenn sie zum Tanze geht.

Mara Olsen ist schön. Eine herbe Schönheit, die durch unnahbaren Stolz zu Kleinod wird. Alle Burschen sehen ihr nach, und noch keiner ist mit ihr gegangen, obwohl jeder ihr Bild nicht vergessen kann. Aber noch keiner hat sich an Mara Olsen herangewagt.

"Machst du mit mir einen Spaziergang nach Krakamut?"

"Ich habe keine Lust!" lautet immer Mara Olsens Antwort, und sie lässt den Frager wie einen dummen Jungen stehen.

Krakamut ist der Berg, an dessen Lehne Notodden liegt. Nach dem Tanze finden sich die Paare; sie wandern in die Täler dieses stillen Riesen, der das Erstehen der Generationen von Notodden grossväterlich seit Urgedenken betreibt. Und hat dieser Bergvater die Paare gesegnet, dann legen die Mädchen

ein grünes Band um die Stirn und zeigen auf diese einfache Weise allen Bewohnern von Notodden an, dass sie Mütter geworden sind. - -

Die Tanzdielen sind blank gescheuert, und die Mädchen mit ihren weissen Steifböcken, roten Blusen und grünen Strümpfen finden sich ein. Auf die herankommenden Gestalten wirft die Mitternachtssonne groteske Schatten; die Männer sehen grösser aus, begehrenswerter, die Mädchen molliger, formenschwerer.

Auch Mara Olsen kommt zum Feste. Eine der letzten. "Wirst du heute den Krakamut hinaufwandern?" fragen sie spöttisch die Mädchen. Die Burschen stehen herum und werfensehnsüchtige Blicke nach der Schönen.

"Der Mann muss grösser sein als diese Tür, Seine Schultern müssen breiter sein als ein Spinnrocken, und seine Faust muss einen Eichentisch zerschlagen können."

Das ist eine stolze Antwort. Die Burschen rundum schweigen und die Mädchen heben ein leises, klingendes Kichern an. Doch im gleichen Augenblick ertönt eine Stimme: "Ich glaube schon, dass sich so ein Mann finden liesse." Mara Olsen und die Anderen blicken sich erstaunt um und gewahren in der Tür einen Mann, dessen Stirn an den Türrahmen stösst. Er bückt sich, tritt in die Tanzdielen und stellt sich vor Mara hin. In der Hand hält er einen Spinnrocken. Er legt ihn an die Schultern, und tatsächlich: wie abgemessen sind sie genau so breit wie dieser. Dann tritt der Mann an einen der grossen Eichentische heran, die in den Ecken der Tanzdielen stehen, und schlägt mit der Faust darauf, dass es nur so dröhnt. Der Tisch ist entzwei. Mara Olsen erbleicht, als sie dies sieht. Dann überflutet dunkles Rot ihre Wangen. "Willst du mit mir heute nach dem Feste auf den Krakamut gehen, Mara Olsen?" fragt der Mann und tritt knapp vor sie hin. "Ja, Olaf Sörson!" lautet die Antwort. Da lautlose Stille auf der Tanzdielen herrscht, so können alle diese Antwort hören. Die Musik hebt den ersten Tanz an, und die Paare fliegen durch den Saal. - -

Ein Paar schreitet den Krakamut hinan. Eng ist Mara Olsen an die wuchtige Gestalt Olaf Sörson's geschmiegt. Dieser deutet auf den Fjord hinab, wo "Ny Tid" wie ein winziger Schatten schaukelt, und sagt: "Ich bin vom Kurse abgekommen und habe auf Notodden zugesteuert, denn ich wusste, dass da ein Mädchen auf mich wartet. Das letzte Mal hatte ich keine Zeit für den Krakamut und das Mädchen, denn ich hatte eine Walfischherde aufgespürt und musste hinterher. Aber heute - das ist was anderes!" Er küsst Mara Olsen, dass ihr Atem ins Stocken kommt, und das Paar verschwindet in den moosigen Mulden des riesigen Berges. - -

Wochen und Monate vergehen. "Ny Tid" ist am frühen Morgen nach dem Tanzfest wieder in See gestochen. Mara Olsen blickt allmorgendlich über den Fjord, obnicht ein Dampfer einbiege. Doch immer ist es ein anderer. Fragt sie nach Olaf Sörson, dann wird ihr zur Antwort: "Olaf Sörson? Oh, der steuert einer Walfischherde nach!"

Die Mädchen tragen grüne Bänder über der Stirn. Auch Mara Olsen. Bergvater Krakamut hat in seinem Schosse, in seinen sonnigen Mulden, eine neue Jugend für Notodden erstehen lassen.

Neun Monate sind vergangen. Der Tag, der so lange erwartet wurde, ist gekommen. Mara Olsen ist allein. Als sie das Kind in den Armen hält und die Weibsbild über sie beugt, um sie zu trösten, da springt die Tür auf: "Ny Tid soll der Juhge heissen!" Ein Mund presst sich auf Mara Olsens Stirn. Dann heben mächtige Arme das kleine Lebewesen hoch. Sie gehören Olaf Sörson. Er geht nach der Eiche am Hauptplatz, wo die grünen Bänder der Mädchen mit einem Nagel eingeschlagen werden, wenn der Vater sein Kind zum Pfarrer trägt, um Hochzeit und Taufe zugleich anzumelden. Olaf Sörson stellt sich vor die Eiche. Er nimmt den grössten Haken, den er finden kann, und schlägt ihn mit der Faust in die Eiche, um daran Maras grünes Band zu hängen. Dann geht er zum Pfarrer.

"Ny Tid soll er heissen!" sagt er kurz.

"So heisst doch Euer Schiff!" meint der Pfarrer erstaunt.

Doch Olaf Sörson lässt sich davon nicht abbringen. - -

Als der Lehrer eines Tages seine Schüler fragt, was sie im Leben werden wollen, und auch Ny Tid zu antworten hat, da sagt dieser: "Walfische jagen und mit der blossen Faust einen Elfer-Haken mit dem grünen Band in die Eiche von Krakamut am Hauptplatz einschlagen!"

Für diese Antwort hat der kleine Ny Tid eine sehr schlechte Sittennote bekommen. Doch Mara Olsen war dem Jungen nicht böse; sie küsste ihn herzhafter denn je.

Klaus Klaussen.

Zwei Affenväter.

SPD. Die Äffin ist ohne Zweifel eine gute Mutter, und die Affenliebe ist sprichwörtlich geworden. Freilich wenden wir das Wort "Affenliebe" an, wenn wir von einer verziehenden und nicht erziehenden Mutter reden, obwohl ein Tier seinen Sprössling nicht verzieht, sondern sehr folgerichtig fürs Leben erzieht. Ueberdies werden auch vom Schutze der Äffin als Mutter Wunderdinge erzählt. "Die Äffin als Mutter ist heilig". Solche und ähnliche schöne Sätze sind von grossen Tierkundigen geschrieben worden. Dennoch findet der Affe als Jungtier in der Herde eine recht verschiedene Aufnahme, und gerade die Stellung des alten Herrn zu ihm ist sehr oft keine gute. Man soll daher, wenn man um das eigene richtige Weltbild kämpft, Affen ebenso wenig verallgemeinern wie Menschen. Natürlich hat jede Rasse die ihr innewohnenden Eigenschaften, aber über die hinaus ist die Charakterbildung des Einzelwesens individuell. Zur Bekräftigung dieser Behauptung sollen hier zwei Affenväter vorgestellt werden.

Ein Rhesus-Papa.

Dieser Rhesus-Papa sitzt in einem grossen Zoologischen Garten allein in einem Käfig, in einem für das Publikum nicht zugänglichen Räume, weil man dort abgebissene, also von ihren Artgenossen verstossene Tiere unterbringt. Diese Tiere sind selbstredend verschüchtert und brauchen eine besondere Pflege und eine liebevolle Aufmunterung durch die Menschen, damit bei diesen Tieren das Selbstvertrauen zurückkehrt und sie wieder lebensstüchtig werden.

Bewusster Rhesus-Papa ist nicht mehr jung. Im grossen und ganzen ist in solchem Alter kein gutes Umgehen mehr mit ihm, denn der alte Rhesus wird leicht böse. Doch dieser Rhesus erfüllt eine ganz sonderbare Aufgabe. Ihm ist die Frau bei der Geburt eines Kindes gestorben, und nun hat dieser Mann das Kind angenommen. Er trägt es, als ob er ein Wäschebündel habe. Das Affenjungtier krallt sich instinktiv unter der Mutter fest, im Bereiche der Nahrung spendenden Brüste. Das verwaiste Junge sucht aus seinem Säugetriebe heraus, findet beim Vater nicht die Nahrungsquelle und hockt ihm nun auf der Hüfte. Behutsam klettert der Vater mit dem Tier, stützt das kleine Köpfchen und ist rührend rücksichtsvoll. Bekommt er Futter, so wartet er geduldig, bis die winzigen Finger des Kleinen sich etwas Zusagendes ertastet haben, z.B. eine Erbse oder ein Stückchen Banane. Dieser Rhesus gibt das vollendetste Bild der Liebe, obwohl gerade seinem Charakter aller Erfahrung gemäss nicht zu trauen ist.

Der Pavian-Vater.

Der Pavian ist als Herr der Herde oft gegen Affenbabys unleidlich. Braucht aber das, was in der Freiheit vorkommt, auch in einem Zoologischen Garten der Fall zu sein, wo Futter in Hülle und Fülle vorhanden ist? Noch dazu, wenn die Mutter auf einem Affenfelsen sitzt, wo sie das Jungtier schnell in Sicherheit bringen kann?

Trotzdem fuhr, wie ein Blitz aus heiterem Himmel, der alte Mann, der noch dazu der Vater ist, auf das Baby los und entriss es der Mutter. Er biss es, zerrte es über die Felsenkanten, schlug es mit dem Kopf auf und warf es vom Felsen hinunter. Kein Mensch konnte Hilfe bringen, denn ein Pavian lässt sich seine Beute nicht abjagen. Ein Raubtier lässt meistens von seinem Opfer ab

und nimmt den neuen Gener an; ein Pavian hingegen erledigt erst sein Opfer und schreitet dann zur eigenen Verteidigung. Die einzige Rettung ist in einem solchen Falle, dass die Mutter sich an das misshandelte Jungtier herantraut und es in Sicherheit bringt. Doch diesem mächtigen Affen gegenüber hatte die Mutter, wie alle die andern Affen, Angst, und so wurde das hilflose Jungtier regelrecht zu Tode misshandelt.

Es ist Tatsache: die Affen haben ein ausgesprochenes Gemeinschaftsgefühl, doch ist dieses Gefühl nicht so fest bei ihnen verankert, dass sie gemeinsam gegen die Mächtigen unter sich auftreten. Dieser Tatbestand sollte eigentlich den Menschen zum Bewusstsein bringen, dass sie, wenn sie es wollen, in dieser Hinsicht doch über den Affen stehen.

Erna Büsing.

SPD. Fliegenmaden als Heilgehilfen.^x Die zu immer neuen Erkenntnissen fortschreitende medizinische Wissenschaft scheut sich nicht, die scheinbar widersinnigsten Dinge und Hilfsmittel in ihren Dienst zu stellen, wenn es zum Wohle und zur Gesundung kranker Menschen angebracht ist. Es ist z.B. kaum zu glauben, dass neuerdings Fliegenmaden, dieses ekle und durch Uebertragung von Krankheitskeimen oft gefährliche Geschmeiss, als Helfer bei Wundheilungen verwendet werden. Der Entdecker dieses heute schon mehrfach angewendeten Verfahrens ist ein amerikanischer Chirurg, der im Kriege beobachtet hatte, dass Wunden, auf denen Fliegenmaden sassen, schneller heilten als andre. Die Maden werden natürlich gründlich gereinigt und keimfrei gemacht. Das geschieht in erster Linie durch Behandlung der von frei lebenden Fliegen gewonnenen Fliegen eier mit Sublimat und salzsaurem Alkohol. Auf sterilen Nährböden wird dann die Weiterzucht der Tiere betrieben. In Wunden mit Knochen- und Knochenmarkeiterungen werden dann bis zu 1000 Stück dieser Maden gebracht, die Eiter, Knochen splitter und alles ungesunde Gewebe wegfressen und so die Wunde reinigen. Vor jedesmaliger Verpuppung werden die Maden herausgespült. Mehrmalige Wiederholung des Verfahrens führt dann zu einer vollständigen Säuberung der Wunde, wie sie durch keine chemischen oder chirurgischen Mittel schneller und gründlicher erreicht werden kann.

SPD. Kalk gegen Schnupfen.^x Es gibt nicht viele Alltagskrankheiten, gegen die schon so viele Mittel - vielfach ohne Erfolg - versucht worden sind, wie gegen den Schnupfen. Da diese Krankheit, so banal sie ist, ausserordentlich lästig und überdies durchaus nicht immer ungefährlich ist, so ist eine neue, verblüffend einfache und wirksame Behandlungsart, wie Dr. E. Büfe sie angibt, der sogenannte "Kalkstoss", sehr zu begrüßen. Dieser Kalkstoss besteht darin, dass man bei den allerersten Anzeichen des Quälgeistes Schnupfen sofort eine recht grosse Anzahl Kalktabletten in irgend einer der üblichen im Handel befindlichen Formen zu sich nimmt, und zwar empfiehlt Dr. Büfe, Morgens, Mittags und Abends je 5 Tabletten zu nehmen. In den seltensten Fällen soll es nötig sein, die Behandlung noch einen zweiten Tag fortzusetzen, da meist schon im Verlauf des ersten Tages ein überraschender Erfolg eintreten soll, der dadurch zu erklären ist, dass der Kalk die Gefässwände abdichtet, entzündungswidrig wirkt und so die Absonderung des Schleimes aufhebt. (Ein andres sehr wirksames Mittel zur Bekämpfung des Schnupfens sind übrigens die bekannten Guttajod-Pillen nach dem Rezept des Professors Bier.)
